

## VERHANDLUNGSSCHRIFT

über die am

Mittwoch, dem 25. Juni 2008, um 19.00 Uhr

im Sitzungssaal des Rathauses Neusiedl am See stattgefundene

### Gemeinderatssitzung

#### Anwesend:

Bürgermeister		Kurt	LENTSCH
Vizebürgermeisterin		Monika	RUPP
Stadtrat		Franz	RITTSTEUER
Stadtrat		Stefan	KAST, BA
Stadträtin		Eva	STEINDL
Gemeinderat	Ing.	Josef	HAIDER
Gemeinderat		Michael	KAST
Gemeinderat	DI.	Thomas	HALBRITTER
Gemeinderat	Ing.	Heinz	FEIGL
Gemeinderat	Ing.	Viktor	HORVATH
Gemeinderätin		Birgit	PECK
Gemeinderat		Josef	FEKETE
Gemeinderätin		Emma	HITZINGER
Gemeinderat		Johannes	MIKULA
Gemeinderat		Georg	STEINER
Gemeinderätin		Gabriele	VOGRIN
Gemeinderat		Kurt	KALINA
Gemeinderätin		Heike	DOVITS
Gemeinderat		Karl	PANNER
Gemeinderat	DI.	Gottfried	HAIDER
Gemeinderat	DI.	Berthold	DORFNER
Gemeinderätin	Mag.	Alexandra	FISCHBACH
Schriftführer		Franz	RENGHOFER
		Judith	REINER

#### Abwesend und entschuldigt:

Stadträtin		Elisabeth	BÖHM
Stadtrat		Emmerich	HAIDER
Gemeinderat	Ing.	Franz	HESS

Der Vorsitzende, Bürgermeister Kurt Lentsch, begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit fest und eröffnet diese Sitzung um 19.00 Uhr. Vor Eingang in die Tagesordnung stellt Bürgermeister Lentsch den Antrag, als zusätzlichen Punkt „**Erweiterung Abwasserbeseitigungsanlage, BA 23 - Trennkanalisation Prädium, Widerruf der Ausschreibung der Erd- und Baumeisterarbeiten**“ in die Tagesordnung aufzunehmen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen. Gegen die Tagesordnung werden ansonsten keine Einwendungen vorgebracht. Zu Beglaubigern werden die Gemeinderäte D.I. Gottfried Haider, D.I. Berthold Dorfner, Karl Panner und Ing. Viktor Horvath bestimmt.

### **T a g e s o r d n u n g :**

#### **Punkt 1)**

##### **1. Nachtragsvoranschlag 2008**

Der Bürgermeister erläutert, dass aufgrund des Ergebnisses 2007 ein Nachtragsvoranschlag 2008 zu erstellen ist, indem der Abgang aus 2007 abgedeckt wird. Der Abgang ist entstanden, da der Kaufpreis für die Seegrundstücke der FZB nicht geflossen ist und dadurch die FZB ihrer Verpflichtung gegenüber der Gemeinde nicht nachgekommen konnten.

Finanzstadtrat Rittsteuer berichtet, dass der 1. Nachtragsvoranschlag gem. den Bestimmungen der Bgld. Gemeindeordnung öffentlich aufgelegt ist. Es wurden keine Erinnerungen eingebracht.

Die Mehreinnahmen und Mehrausgaben des ordentlichen Nachtragsvoranschlages betragen € 2.570.400,00 und des außerordentlichen Nachtragsvoranschlages € 63.300,00. Somit ergeben sich für das Jahr 2008 Einnahmen und Ausgaben im ordentlichen Haushalt von insgesamt € 14.031.600,00 und im außerordentlichen Teil Einnahmen und Ausgaben in der Höhe von € 2.713.300,00.

Im ordentlichen Haushalt wurden folgende Ansatzbeträge nachgetragen:

- gewählte Gemeindeorgane: aufgrund der Neuregelung des Bgld. Bezügegesetzes für Bürgermeister, Vizebürgermeister, Vorstandsmitglieder und Gemeindevandatare (mit Wirksamkeit 01.01.2008) wurden insgesamt € 8.600,00 nachgetragen.
- Gemeindeamt: für die Sanierung des Rathauses wurden insgesamt € 79.500,00 veranschlagt.
- Raumordnung und Raumplanung: die 2. digitale Änderung kostet der Gemeinde ca. € 18.000,00.
- Mitgliedsbeiträge an Institutionen: Beitrag 2007 und 2008 mit je € 1.900,00 für den überparteilichen Verein LAG Nordbgld. Plus wurde veranschlagt; dieser Verein unterstützt die Entwicklung und Stärkung des ländlichen Raumes im Nordbgld.

- Freiwillige Feuerwehr: die Anschaffung eines Palettenregals für die Lagerung von Katastrophenschutzmittel kostet ca. € 6.000,00. 50 % werden vom Land Bgld. gefördert. € 3.700,00 werden für Sirenen in der Triftgasse und Hallenbad und einen neuen Hydranten im Bereich Kindergarten am Kalvarienberg ausgegeben.
- Altenwohnheim: € 6.300,00 sind für die Erstellung einer Inventarliste für das Altenwohnheim und für die Änderung der Außenbeleuchtung veranschlagt worden;
- Hafenanlage (Projekt PIER): die Gesamtkosten der Hafenanlage (Projekt PIER) werden sich auf gesamt ca. € 250.000,00 belaufen. Förderungen zu diesen Ausgaben erhalten wir von der EU in der Höhe von € 130.000,00 und vom Lebensministerium € 65.000,00. Die verbleibenden € 55.000,00 hat die Gemeinde aufzubringen;
- Förderung der Energiewirtschaft: bei der Erstellung des Budgets für 2008 sind wir von 20 Anträgen ausgegangen. Bis zum heutigen Tag sind jedoch bereits 43 Anträge eingelangt. Bis Jahresende rechnen wir mit weiteren 15 Anträgen. Daher der Nachtrag von € 56.500,00.
- Wirtschaftspolitische Maßnahmen: bei diesem Ansatz haben wir auf der Ausgabenseite € 407.500,00 als Kapitaltransferzahlung an die FZB veranschlagt und € 567.700,00 an den ao. Haushalt zugeführt. Mit den € 567.700,00 und weiteren € 571.000,00 aus Einnahmen durch Grundstücksverkauf haben wir den Sollabgang von 2007 in der Höhe von € 1.138.700,00 abgedeckt. Auf der Einnahmenseite erwarten wir uns Rückzahlungen von den FZB in der Höhe von € 2.475.000,00.
- Instandhaltung von Kanalisationsanlagen: bis dato haben wir € 41.000,00 ausgegeben; daher der Nachtrag von € 20.000,00.
- An den Verein zur Erneuerung und Erhaltung der Infrastruktur der Stadtgemeinde Neusiedl am See werden € 70.600,00 als Zuschuss für die Annuitätendienste überwiesen.
- Der Sollabgang von 2007 bei der VA - Stelle 990-907 in der Höhe von € 603.200,00 wurde veranschlagt. Mit der Änderung des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967 im Rahmen der Regelung des FAG ab dem Jahr 2008 wurde die so genannte Selbstträgerschaft, also die Befreiung vom Dienstgeberbeitrag des Familienlastenausgleichsfond für die Dienstnehmer in der Hoheitsverwaltung der Gemeinden mit einer Einwohnerzahl über 2.000 bei gleichzeitiger Tragung der Familienbeihilfe durch die Gemeinde mit Wirkung vom 01.06.2008, abgeschafft. Aus diesem Grund haben wir bei den einzelnen Ansätzen den Dienstgeberbeitrag für den Familienlastenausgleichsfond nachgetragen.
- Im ao. Haushalt haben wir aufgrund des RA 2007 die Überschüsse und Abgänge abgewickelt.

StR. Rittsteuer stellt den Antrag, den 1. Nachtragsvoranschlag 2008 wie in seinem Bericht ausgeführt, zu genehmigen. Die bereits erwähnten Änderungen waren bei der Erstellung des Voranschlages unvorhersehbar, stellen jedoch eine Notwendigkeit bei der Weiterführung begonnener Projekte dar.

Weiters stellt StR. Rittsteuer den Antrag, den Dienstpostenplan 2008 lt. beiliegendem EDV-Ausdruck zu beschließen.

Der Bericht des Finanzstadtrates wird zur Diskussion gestellt.

StR. Steindl fasst zusammen, dass € 2.475.000,00 an Einnahmen erwartet werden. Dies bezieht sich auch auf die TOP 2 und 3 - FZB Darlehen und Kapitaltransferzahlungen.

Bislang liegen der Gemeinde Optionsverträge vor, welche bis zum März 2009 laufen (Segelhafen West). Dies bedeutet, dass vor März 2009 kein Kaufvertrag durchgeführt werden muss. StR. Steindl fragt nach ob die € 800.000,00 schon geflossen sind. Auf welcher Basis ist dieser Betrag geflossen? Für StR. Steindl ist hier ein großes Fragezeichen, welche Vereinbarungen vorliegen, ob Geldflüsse auch vertraglich festgehalten sind. Es gibt keine Beschlüsse. Die Projektentwicklungs GmbH (Ehrengrubler, Karolyi und Heller) überweist mehr als 1 Mio. € ohne, dass es einen Kaufvertrag gibt. Dies ist sehr erklärungsbedürftig. Nach Meinung von StR. Steindl ist alles noch sehr ungewiss. Wir wissen nicht, ob die Kaufverträge wirklich abgewickelt werden. Im Budget wurden diese Zahlungen zwar berücksichtigt, nur ist nicht klar, ob dies in diesem Jahr noch geschehen wird.

Bei den Transferzahlungen für die FZB wurde nichts budgetiert. Letztes Jahr war schon klar, dass der Kauf nicht abgewickelt wird. Jetzt brauchen die FZB € 475.000,00. Normal sind Kapitaltransferzahlungen Abdeckungen von Verbindlichkeiten und eigentlich müsste in der Kassa im Detail ersichtlich sein, wofür diese Zahlung benötigt wird. StR. Steindl empfindet dies als Wunschkonzert der FZB. Bis Kontrollmechanismen bei den FZB zum Tragen kommen, vergeht meist ein Jahr.

Soll-Abgang im ao. Haushalt von ca. 1,1 Mio. €. Als Einnahme ist hier der Grundstücksverkauf „Scana“ mit € 571.000,00 veranschlagt. StR. Steindl erkundigt sich, ob es bei diesem Projekt bereits Pläne bzw. Verträge gibt. Bgm. Lentsch erklärt, dass bereits konkrete Gespräche im Laufen sind. StR. Steindl ist der Meinung, dass dies ein nächster Punkt ist, bei dem nicht klar ist, ob hier Geld fließen wird oder nicht.

Bgm. Lentsch entgegnet, dass auch die Ausgaben in dieser Höhe noch nicht klar bzw. fixiert sind. Was passiert wenn die Verkäufe nicht stattfinden? Es ist alles sehr vage.

Bgm. Lentsch erklärt, dass es einen Nachtrag zum Optionsvertrag gibt, den Thomas Harrer und Bgm. Lentsch unterzeichnet haben. Dieser beinhaltet, dass die Segelhafen West Projektentwicklungs GmbH einen Kaufpreis von € 3,8 Mio. an die FZB GmbH und €12.000,00 an die Gemeinde leistet. Hier angeführt sind nochmals die Grundstücke, welche bereits im Optionsvertrag beinhaltet sind. Ein Teil des Optionsvertrages ist ebenfalls die verbindliche Errichtung eines Kaufvertrages der genannten Grundstücke. Wenn die Projektentwicklungs GmbH die Option annimmt, sind wir gebunden und verpflichtet den Kaufvertrag wie in der Option zu akzeptieren.

In Ergänzung dazu wird seitens der Projektentwicklungs GmbH ein Betrag von € 1,5 Mio. auf das Konto der FZB GmbH überwiesen. Dies bedeutet jedoch nicht die Ausübung des Optionsrechtes.

Sollte die Optionsnehmerin von ihrem Optionsrecht keinen Gebrauch machen, hat die FZB GmbH den genannten Betrag samt der angefallenen Zinsen auf diesem Konto an die Projektentwicklungs GmbH zurückzuerstatten.

Wäre der Kaufpreis voriges Jahr geflossen, hätten wir bei den FZB Liquidität und müssten keine Transferzahlungen durchführen. Deshalb wurde eine Transferzahlung bei der Erstellung des Budgets 2008 (im Nov. 2007) nicht berücksichtigt, da anzunehmen war, dass der Betrag noch im Jahr 2007 fließt.

Bgm. Lentsch ist der Meinung, wenn die Projektentwicklungs GmbH soviel an Zeit und Geld investiert, dass diese das Projekt auch zu 100 % durchführen wollen und werden. Der Kauf wird noch in diesem Jahr durchgeführt werden, da der Beckenbereich ausgebaggert werden muss. Dies ist jedoch erst ab 15.11. bis 15.03. jährlich möglich. Deshalb ist nicht anzunehmen, dass der Kauf erst im März 2009 erfolgen wird. Es ist mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen, dass der Kaufpreis im Herbst 2008 fließt, damit die Verhandlungen mit 15.11. gestartet werden können. Vorverhandlungen wurden bereits geführt. Warum sollten die Investoren sonst Geld in die Hand nehmen.

GR Dorfner erläutert, dass dieses Projekt noch sehr vage und in Schwebe ist.

StR. Stefan Kast meint, dass gerade in Neusiedl viele Projekte erfolgreich durchgeführt werden und in anderen Gemeinden nicht - eben weil wir schnell und innovativ handeln.

Er ist zuversichtlich, dass dieses Projekt erfolgreich umgesetzt wird. Was passiert jedoch, wenn die Projektentwicklungs GmbH nicht zahlt ?

Bgm. Lentsch gibt an, dass dann der Verlust des Jahres 2007 auf ein weiteres Jahr erstreckt wird.

Man kann die Bedeckung natürlich auch auf eine andere Art und Weise machen. Die Stadtgemeinde besitzt ein Wertpapierdepot mit ca. € 3,8 Mio. Man könnte den offenen Betrag aus diesem Depot bedecken.

Der GR könnte jetzt einen möglichen Wertpapierverkauf beschließen, welcher erst zum Tragen kommt, wenn der Geldfluss seitens der Projektentwicklungs GmbH nicht stattfindet.

Wir könnten den Nachtragsvoranschlag dahingehend abändern, dass wir einen Punkt kürzen und dafür einen anderen präliminieren.

Damit wären die Bedenken der SPÖ-Gemeinderäte entkräftet.

VA - St. 2/78200 derzeit budgetiert mit € 2.475.000,00. Diesem Betrag müssen € 800.000,00 (welche schon geflossen sind) in Abzug gebracht werden. Damit verbleiben € 1.675.000,00. Dieser Betrag wird von dieser VA- Stelle weggenommen und an die VA- Stelle 2/913-085 Wertpapierverkauf budgetiert.

Bgm. Lentsch möchte den Antrag von StR. Rittsteuer mit den besprochenen Ergänzungen betreffend Wertpapierverkauf zur Abstimmung bringen.

GR Dorfner bemerkt, dass dieser Punkt nicht so schnell abgeschlossen werden kann. Bgm. Lentsch entgegnet, dass der Nachtragsvoranschlag durch 2 Wochen aufgelegt ist. Jeder GR hat die Möglichkeit gehabt sich detailliert zu informieren und Erinnerungen einzubringen. Wie bereits vorhin erwähnt, wurden keine Erinnerungen eingebracht.

Der Gemeinderat beschließt mehrheitlich mit den Stimmen der ÖVP Gemeinderäte die Mehreinnahmen und Mehrausgaben des ordentlichen Nachtragsvoranschlages betragen € 2.570.400,00 und des außerordentlichen Nachtragsvoranschlages € 63.300,00.

Für den Antrag stimmen die 12 ÖVP Gemeinderäte, das sind Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Monika Rupp und die Stadträte Rittsteuer und Stefan Kast sowie die Gemeinderäte Josef Haider, Kast, Feigl, Peck, Halbritter, Hitzinger, Horvath und Fekete.

Gegen den Antrag stimmen die 7 SPÖ Gemeinderäte, das sind die Stadträtin Steindl sowie die Gemeinderäte Mikula, Vogrin, Steiner, Dovits, Kalina und Panner, die beiden GRÜNEN Gemeinderäte Dorfner und Fischbach sowie der FPÖ Gemeinderat Gottfried Haider.

Somit ist der Antrag mehrheitlich zum Beschluss erhoben.

## **Punkt 2)**

### **Änderung des Darlehensvertrages mit der Freizeitbetriebe GmbH**

Nachdem dieser Punkt bereits im Tagesordnungspunkt 1 ausführlich behandelt wurde, stellt StR Rittsteuer den Antrag den Beschluss vom 14.06.2007 über die Leistung von Zahlungen in der Höhe von 6.700.000,00 Euro an die FZB aufzuheben und eine neue Darlehensvereinbarung mit einer Summe von 7.035.016,99 Euro zu treffen. Von diesem gegebenen Darlehen haben uns die FZB im Jahr 2007 4.300.000,00 Euro zurückbezahlt. Per 31.12.2007 waren daher noch 2.735.016,99 Euro offen. Im Jahr 2008 haben wir von den FZB eine weitere Rückzahlung in der Höhe von 800.000,00 Euro erhalten, sodass per 31.12.2008 ein offener Betrag von 1.935.016,99 Euro übrig bleibt. 1.675.016,99 Euro sind binnen einer Woche nach Einlangen des Kaufpreises bei den FZB, an die Stadtgemeinde Neusiedl am See zu überweisen, spätestens aber bis 31.12.2009. Der Restbetrag in der Höhe von 260.000,00 Euro wird in 10 Jahresraten zu je 26.000,00 Euro ab dem Jahr 2009 an die Stadtgemeinde zurückbezahlt.

StR. Rittsteuer stellt den Antrag diesen Beschluss zu genehmigen und bittet daher um Zustimmung.

§ 73 der Bgld. Gemeindeordnung 2003 besagt, dass die Gemeinde nur Darlehen vergeben darf, wenn hierfür ein besonderes Interesse der Gemeinde gegeben ist und der Schuldner den Nachweis erbringt, dass eine ordnungsgemäße Tilgung gesichert ist.

Durch das Anbot von 2 Unternehmen (Segelhafen West Projektentwicklungs GmbH und IMMORENT), welche rund 38.000 m<sup>2</sup> Grund im Seegelände kaufen möchten, die in der besten Lage der Stadt und schuldenfrei sind, ist der Nachweis gem. in § 73 der Bgld. GemO 2003, gegeben.

StR. Steindl erklärt, dass sie für diesen Punkt gerne mehr Unterlagen gehabt hätte. Das GR Protokoll aus dem Jahr 2007 gibt nicht viele Informationen über diesen Punkt. GR Fischbach schließt sich der Meinung von StR. Steindl an.

Über den Antrag von StR. Rittsteuer und den Ergänzungen von Bgm. Lentsch, dass der offene Betrag von der FZB an die Stadtgemeinde zu überweisen ist, sobald der Verkauf durchgeführt wurde, wird abgestimmt.

Der Gemeinderat beschließt mehrheitlich den Beschluss des Gemeinderates vom 14.06.2007, TOP 7) aufzuheben und mit der Freizeitbetriebe Neusiedl am See GmbH (FZB) folgende neue Darlehensvereinbarung zu treffen:

Die in den Jahren 1997 bis 2007 geleisteten Zahlungen an die FZB in Höhe von € 7.035.016,99, wovon im Jahr 2007 ein Betrag in der Höhe von € 4.300.000,00 und im Jahr 2008 ein Betrag in der Höhe von € 800.000,00 zurückbezahlt wurde, werden nachträglich als zinsloses Darlehen an die FZB gewährt.

Die Rückzahlung des offenen Darlehensbetrages in der Höhe von € 1.935.016,99 hat durch die FZB derart zu erfolgen, dass

1. eine Darlehensrate in der Höhe von € 1.675.016,99 innerhalb einer Woche nach Einlangen des Kaufpreises über den Verkauf der Grundstücke Nr. 5770/41, 5770/108-117, 5770/120, 124, 125 und 135, spätestens jedoch bis 31.12.2009 und
2. der Restbetrag in der Höhe von € 260.000,00 in 10 gleichen Jahresraten zu je € 26.000,00, jeweils per 30.12. eines jeden Jahres, beginnend mit dem Jahr 2009, zurückbezahlt wird.

Für den Antrag stimmen die 12 ÖVP Gemeinderäte, das sind Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Monika Rupp und die Stadträte Rittsteuer und Stefan Kast sowie die Gemeinderäte Josef Haider, Kast, Feigl, Peck, Halbritter, Hitzinger, Horvath und Fekete. Gegen den Antrag stimmen die 7 SPÖ Gemeinderäte, das sind die Stadträtin Steindl sowie die Gemeinderäte Mikula, Vogrin, Steiner, Dovits, Kalina und Panner, die beiden GRÜNEN Gemeinderäte Dorfner und Fischbach sowie der FPÖ Gemeinderat Gottfried Haider.

Somit ist der Antrag mehrheitlich zum Beschluss erhoben.

### **Punkt 3)**

#### **Kapitaltransferzahlung an die Freizeitbetriebe GmbH**

Vom Gemeinderat ist ein Beschluss zu fassen, der FZB GmbH einen weiteren Zuschuss in der Höhe von € 407.500,00 zu gewähren.

Dieser Betrag ist im N-VA an der VA- Stelle 1/782-775 als Kapitaltransferzahlung präliminiert.

StR. Rittsteuer stellt den Antrag diesen Punkt zu genehmigen.

Für den Antrag stimmen die 12 ÖVP Gemeinderäte, das sind Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Monika Rupp und die Stadträte Rittsteuer und Stefan Kast sowie die Gemeinderäte Josef Haider, Kast, Feigl, Peck, Halbritter, Hitzinger, Horvath und Fekete. Gegen den Antrag stimmen die 7 SPÖ Gemeinderäte, das sind die Stadträtin Steindl sowie die Gemeinderäte Mikula, Vogrin, Steiner, Dovits, Kalina und Panner, die beiden GRÜNEN Gemeinderäte Dorfner und Fischbach sowie der FPÖ Gemeinderat Gottfried Haider.

Somit ist der Antrag mehrheitlich zum Beschluss erhoben.

### **Punkt 4)**

#### **Teilbebauungsplan „Obere Seegärten“**

GR DI Halbritter erklärt, dass vor der Veranstaltungshalle und Bauhof eine Hochdruckgasleitung auf öffentlichem Gut verläuft. Der Mindestsicherheitsabstand zur vorderen Baulinie wurden von 6 auf 7 m erhöht. Die Baulinie muss somit um 1 m zurückgesetzt werden. Dies ist im Teilbebauungsplan zu berücksichtigen.

GR DI Halbritter stellt den Antrag wie bereits ausgeführt, die Baulinie im Bereich der BEGAS - Hochdruckleitung von bisher 6,0 m auf nunmehr 7,0 m abzuändern. Dieser Sicherheitsabstand ist zwingend notwendig.

Der Gemeinderat beschließt den Antrag von GR DI Halbritter einstimmig.

Bei der Abstimmung waren alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend. Diese sind nachstehend namentlich angeführt: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Monika Rupp, die Stadträte Rittsteuer, Stefan Kast und Steindl sowie die Gemeinderäte Josef Haider, Kast, Feigl, Peck, Halbritter, Hitzinger, Horvath, Fekete, Mikula, Vogrin, Steiner, Dovits, Kalina, Panner, Dorfner, Fischbach, Gottfried Haider.

### **Punkt 5)**

#### **Teilbebauungsplan „Kaserne Ost“**

GR DI Halbritter erläutert, dass der Teilbebauungsplan „Kaserne Ost“ bereits beschlossen wurde. In der Raumplanungsstelle des Amtes der Bgld. Landesregierung hat man dem beschlossenen Teilbebauungsplan nicht zugestimmt. Eine Bebauung EG, EG mit Dachausbau bzw. 2-geschossig mit Pultdach soll möglich sein.

Die Bebauungsdichte wird durch diese Änderung verringert und somit eine Verbesserung herbeigeführt.

In diesem Bereich sollen wieder Jungfamiliengrundstücke geschaffen werden. Dies sollte bereits jetzt festgehalten werden.

20 % der Nettobaufläche sollen für Jungfamilienbaugrundstücke zur Verfügung gestellt werden.

Wie bereits ausgeführt, ist das gesamte Planungsgebiet am ehemaligen Exerzierplatz betroffen. GR DI Halbritter ersucht daher um Zustimmung zur Genehmigung des Teilbebauungsplanes „Kaserne Ost,, nach den vom Ziviltechnikerbüro „Regional Consulting,, erarbeiteten Richtlinien. Ebenfalls soll beschlossen werden, dass 20 % der Nettobaufläche für Jungfamilienbaugrundstücke zur Verfügung gestellt werden.

Für den Antrag stimmen die 12 ÖVP Gemeinderäte, das sind Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Monika Rupp und die Stadträte Rittsteuer und Stefan Kast sowie die Gemeinderäte Josef Haider, Kast, Feigl, Peck, Halbritter, Hitzinger, Horvath und Fekete und die 7 SPÖ Gemeinderäte, das sind die Stadträtin Steindl sowie die Gemeinderäte Mikula, Vogrin, Steiner, Dovits, Kalina und Panner. Gegen den Antrag stimmen die beiden GRÜNEN Gemeinderäte Dorfner und Fischbach sowie der FPÖ Gemeinderat Gottfried Haider.

Somit ist der Antrag mehrheitlich zum Beschluss erhoben.

## **Punkt 6)**

### **1. Änderung des Teilbebauungsplanes „Segelhafen West“**

GR DI Halbritter erklärt, dass dieser Teilbebauungsplan aus den 70-er Jahren stammt und nicht mehr zeitgemäß ist. Die Dächer sind als Satteldach mit links und rechts einem Flachdach ausgebildet. Um eine zeitgemäße Bebauung zu ermöglichen, ist eine Änderung notwendig. Die Silhouette soll beibehalten werden.

Die Ausführung von Flachdächern ist ebenfalls vorgesehen, welche jedoch nicht als Terrasse genutzt werden dürfen.

GR DI Halbritter ersucht daher um Zustimmung zur 1. Änderung des Teilbebauungsplanes „Segelhafen West“, wie vom Ziviltechnikerbüro Regional Consulting aufbereitet und dem GR vorliegend.

GR DI Dorfner gibt zu Protokoll, dass aus den Unterlagen nicht hervor geht welche der beiden VO beschlossen werden soll.

Bgm. Lentsch erklärt, dass die VO in der gebundenen Ausgabe - in der festgehalten ist, dass die Nutzung des Flachdaches als Terrasse verboten ist - beschlossen werden soll.

Der Gemeinderat beschließt den Antrag von GR DI Halbritter einstimmig. Bei der Abstimmung waren alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend. Diese sind nachstehend namentlich angeführt: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Monika Rupp, die Stadträte Rittsteuer, Stefan Kast und Steindl sowie die Gemeinderäte Josef Haider, Kast, Feigl, Peck, Halbritter, Hitzinger, Horvath, Fekete, Mikula, Vogrin, Steiner, Dovits, Kalina, Panner, Dorfner, Fischbach, Gottfried Haider.

## **Punkt 7)**

### **2. digitale Änderung des Flächenwidmungsplanes - Auftragsvergabe**

GR Kast erläutert, dass sich einige Änderungsfälle betreffend den FWP ergeben haben. Diese sollen nun in der 2. digitalen Änderung durchgeführt werden.

Ein Anbot der Fa. Regional Consulting liegt vor. Bgm. Lentsch berichtet, dass sich das Anbot auf gesamt ca. € 26.000,00 beläuft. Darin inkludiert sind jedoch einige private Änderungsfälle. Der Anteil der Stadtgemeinde Neusiedl am See beträgt € 13.266,75, exkl. USt.

GR DI Haider fragt nach, warum keine Gegenangebote eingeholt wurden. Bgm. Lentsch erläutert, dass die Fa. Regional Consulting unser Partner in diesen Belangen ist. Mit ihr ist auch ein Rabatt vereinbart. Diese Vorgangsweise ist üblich und vertretbar und nach den Vergaberichtlinien auch zulässig.

GR Fischbach regt an, dass kleine Änderungen künftig durchaus von DI Vera Rittsteuer durchgeführt werden könnten.

Der Bgm. entgegnet, dass solche Aufträge an Professionisten (Ziviltechnikerbüro) vergeben werden sollten, da z.B. auch die Haftungsfrage für die Gemeinde nicht zum Tragen kommt. Es ist außerdem unklar, ob dies rechtlich möglich wäre.

GR Kast stellt den Antrag das vorliegende Angebot der Fa. Regional Consulting über die 2. digitale Änderung des Flächenwidmungsplanes vom 04.06.2008 zu beschließen.

Für den Antrag stimmen die 12 ÖVP Gemeinderäte, das sind Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Monika Rupp und die Stadträte Rittsteuer und Stefan Kast sowie die Gemeinderäte Josef Haider, Kast, Feigl, Peck, Halbritter, Hitzinger, Horvath und Fekete, die 7 SPÖ Gemeinderäte, das sind die Stadträtin Steindl sowie die Gemeinderäte Mikula, Vogrin, Steiner, Dovits, Kalina und Panner und die beiden GRÜNEN Gemeinderäte Dorfner und Fischbach. Gegen den Antrag stimmt der FPÖ Gemeinderat Gottfried Haider.

Somit ist der Antrag mehrheitlich zum Beschluss erhoben.

**Punkt 8)**

**Widmungsverordnung Wienerstraße - Zufahrt Lidl-Weintritt**

GR Ing. Haider stellt den Antrag die vorliegende Widmungsverordnung für den Bereich Autohaus Weintritt und Lidl zu beschließen.

Laut Verordnung soll eine Fläche von 33 m<sup>2</sup> im Bereich Zufahrt Autohaus Weintritt und Fa. Lidl in das öffentliche Gut übernommen werden, um den bereits bestehenden Gehsteig dem öffentlichen Gut zu widmen.

Dieser Antrag wird vom Gemeinderat einstimmig beschlossen.

Bei der Abstimmung waren alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend. Diese sind nachstehend namentlich angeführt: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Monika Rupp, die Stadträte Rittsteuer, Stefan Kast und Steindl sowie die Gemeinderäte Josef Haider, Kast, Feigl, Peck, Halbritter, Hitzinger, Horvath, Fekete, Mikula, Vogrin, Steiner, Dovits, Kalina, Panner, Dorfner, Fischbach, Gottfried Haider.

**Punkt 9)**

**Widmungsverordnung Paul Schmückl Platz (Zettel, Gangl, Kovacs)**

GR Ing. Haider stellt den Antrag die Widmungsverordnung Paul Schmückl Platz (Familien Zettel, Gangl, Kovacs) zu beschließen.

Die Im Teilungsplan ausgewiesenen Flächen von 25 m<sup>2</sup>, 28 m<sup>2</sup> und 31 m<sup>2</sup> sollen in das öffentliche Gut übernommen werden.

Er ersucht daher um Genehmigung der vorliegenden Widmungsverordnung.

Dieser Antrag wird vom Gemeinderat einstimmig beschlossen.

Bei der Abstimmung waren alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend. Diese sind nachstehend namentlich angeführt: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Monika Rupp, die Stadträte Rittsteuer, Stefan Kast und Steindl sowie die Gemeinderäte Josef Haider, Kast, Feigl, Peck, Halbritter, Hitzinger, Horvath, Fekete, Mikula, Vogrin, Steiner, Dovits, Kalina, Panner, Dorfner, Fischbach, Gottfried Haider.

**Punkt 10)**

**Reitschacherstraße - Erklärung von AW zu BW**

StR. Kast erklärt, dass das Grundstück Nr. 5050/3, welches sich im Eigentum der OSG befindet, von AW zu BW erklärt werden soll. Die OSG beabsichtigt auf diesem Grundstück Parkplätze zu errichten.

Bgm. Lentsch ergänzt, dass die Abtretungsfläche für das öffentliche Gut ebenfalls mit beschlossen werden soll.

GR DI Dorfner versteht nicht, warum dort Parkplätze benötigt werden. Hier wird unnötig Platz versiegelt.

Der Bgm. erklärt, dass sich das Grundstück im Eigentum der OSG befindet und dass grundsätzlich die Schaffung von Parkplätzen auf keinen Fall verwehrt werden sollte.

Es gibt in diesem Bereich seit 20 Jahren ein Bebauungskonzept, diese Umwidmung (Erklärung) passt genau hinein.

GR DI Halbritter gibt weiters zu Protokoll, dass das Grundstück bereits als AW gewidmet ist. Die Erklärung zu BW kann eigentlich nicht verwehrt werden.

Gemäß den Ausführungen zu diesem Tagesordnungspunkt, stellt StR. Kast den Antrag um Erklärung des Grundstückes Nr. 5050/3 von AW zu BW.

Für den Antrag stimmen die 12 ÖVP Gemeinderäte, das sind Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Monika Rupp und die Stadträte Rittsteuer und Stefan Kast sowie die Gemeinderäte Josef Haider, Kast, Feigl, Peck, Halbritter, Hitzinger, Horvath und Fekete, die 7 SPÖ Gemeinderäte, das sind die Stadträtin Steindl sowie die Gemeinderäte Mikula, Vogrin, Steiner, Dovits, Kalina und Panner und der FPÖ Gemeinderat Gottfried Haider. Gegen den Antrag stimmen die beiden GRÜNEN Gemeinderäte Dorfner und Fischbach.

Somit ist der Antrag mehrheitlich zum Beschluss erhoben.

#### **Punkt 11)**

##### **Ergänzung zum örtlichen Entwicklungskonzept**

GR Peck erläutert, dass das örtliche Entwicklungskonzept dahingehend ergänzt werden soll, dass der Übergangsbereich zwischen dem Festland und dem Neusiedler See (Uferzone) neu definiert wird.

Gemäß der Empfehlung der Fa. Regional Consulting ersucht GR Peck die Ergänzung des örtlichen Entwicklungskonzeptes wie aufgelegt zu beschließen.

Bgm. Lentsch ergänzt, dass bei der letzten Änderung in diesem Bereich auch der Teilbaugebungsplan geändert wurde. Die Siedler sind noch immer nicht glücklich. Zurzeit gibt es eine Baustelle, wo mehrere Anzeigen eingelangt sind und ein Baustopp verordnet wurde. In diesem Fall gab es sicher einige Verfehlungen im Bauverfahren. Heute ist eine Berufung gegen den Baustopp eingelangt. Der Bauamtsleiter wurde angewiesen mit Dr. Hochwarter (Amt d. Bgld. Landesregierung) diesen Fall abzustimmen. Der Bauführer hatte anscheinend einen Plan, der nicht mit dem genehmigten Plan übereinstimmt.

In diesem Zusammenhang waren einige Bewohner des Refugiums beim Bgm. vorstellig, mit der Bitte den Teilbaugebungsplan zu ändern.

Mit dieser Präzisierung des örtlichen Entwicklungskonzeptes haben wir eine Chance zu verhindern, dass die freie Wasserfläche, die den Parzellen vorgelagert ist, bebaut wird. In der Ergänzung ist festgelegt, dass diese Fläche ausschließlich zum Baden und zur gelegentlichen Nutzung als Steg (dieser darf nicht mit festen Materialien gebaut werden) benutzt werden darf.

GR Fischbach gibt an, dass lt. dieser Formulierung alle Flächen betroffen sind. Bgm. Lentsch erklärt, dass es die Uferzone betrifft, welche als Grünland-Sportmarina gewidmet ist.

GR DI Halbritter ergänzt, dass es nur einen Bereich gibt, indem man das bestehende Entwicklungskonzept so interpretieren könne, um dort zu bauen.

StR. Steindl erklärt, dass es in diesem Gebiet großen Unmut unter den Anrainern gibt.

Bgm. Lentsch bringt den Antrag von GR Peck, das örtliche Entwicklungskonzept wie von der Fa. Regional Consulting empfohlen abzuändern, zur Abstimmung.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die vorliegende Änderung des örtlichen Entwicklungskonzeptes.

Bei der Abstimmung waren alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend. Diese sind nachstehend namentlich angeführt: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Monika Rupp, die Stadträte Rittsteuer, Stefan Kast und Steindl sowie die Gemeinderäte Josef Haider, Kast, Feigl, Peck, Halbritter, Hitzinger, Horvath, Fekete, Mikula, Vogrin, Steiner, Dovits, Kalina, Panner, Dorfner, Fischbach, Gottfried Haider.

## **Punkt 12)**

### **Annahmeerklärung des Fördervertrages PABA BA 22**

Bgm. Lentsch erklärt, dass es sich bei diesem Vertrag um Fördergelder für den Kanalbau handelt.

GR Hitzinger stellt dazu den Antrag den vorliegenden Fördervertrag der Kommunal Kredit, über das Vorhaben PABA BA 22 zu genehmigen und die Annahmeerklärung zu unterfertigen.

GR DI Halbritter erläutert, dass es sich bei diesem Abschnitt um die Projekte Alpenland, Prädium und teilweise Kaserne handelt.

Der Bgm. möchte noch anführen, dass seitens LR Berlakovich eine Förderung für unser Hochwasserschutzprojekt in der Höhe von € 562.400,00 (=37 % der Gesamtinvestitionssumme) schriftlich zugesagt wurde. Zusätzlich stellt das BM € 608.000,00 für diese Baumaßnahmen bereit. Das heißt wir erhalten 80 % Förderung, welche uns bereits zugesagt und nun auch schriftlich bestätigt wurden

Bgm. Lentsch bringt den Antrag von GR Hitzinger zur Abstimmung.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig den vorliegenden Fördervertrag und Annahmeerklärung der Kommunal Kredit zum Projekt PABA BA 22.

Bei der Abstimmung waren alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend. Diese sind nachstehend namentlich angeführt: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Monika Rupp, die Stadträte Rittsteuer, Stefan Kast und Steindl sowie die Gemeinderäte Josef Haider, Kast, Feigl, Peck, Halbritter, Hitzinger, Horvath, Fekete, Mikula, Vogrin, Steiner, Dovits, Kalina, Panner, Dorfner, Fischbach, Gottfried Haider.

**Punkt 13)**

**Neusiedl am See-Radweg - B10, Ab. II - Verpflichtungserklärung**

GR Fekete erläutert, dass unser Ansuchen zur Förderung des Projektes Radweg B 10, Ab. II seitens des Landes Burgenland bewilligt wurde.

Hiezu ist eine Verpflichtungserklärung zu unterfertigen.

GR Fekete stellt daher den Antrag die Verpflichtungserklärung lt. vorliegendem Projekt zu beschließen und bittet den GR um seine Zustimmung.

Bgm. Lentsch ergänzt, dass es sich bei diesem Projekt um den Weg hinter der Veranstaltungshalle und entlang des Grillplatzes handelt. Die Breite des Weges beträgt 15 m, damit ist Platz für Bäume geschaffen und eine Schneeräumung ist ebenfalls möglich. In Summe kostet dieses Vorhaben € 70.000,00. Die Stadtgemeinde Neusiedl am See verpflichtet sich, die Kosten von 60 % zu tragen.

Die Verpflichtungserklärung beinhaltet unter anderem, dass sich die Gemeinde verpflichtet nach Fertigstellung ein allgemeines Fahrverbot zu verordnen.

Nachdem es keinen weiteren Diskussionsbedarf gibt, stellt der Bgm. den Antrag von GR Fekete zur Abstimmung.

Die vorliegende Verpflichtungserklärung zum Neusiedl am See-Radweg B10, Ab. II wird vom Gemeinderat einstimmig beschlossen.

Bei der Abstimmung waren alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend. Diese sind nachstehend namentlich angeführt: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Monika Rupp, die Stadträte Rittsteuer, Stefan Kast und Steindl sowie die Gemeinderäte Josef Haider, Kast, Feigl, Peck, Halbritter, Hitzinger, Horvath, Fekete, Mikula, Vogrin, Steiner, Dovits, Kalina, Panner, Dorfner, Fischbach, Gottfried Haider.

**Punkt 14)**

**Tauschvertrag Josef und Gertrude Süß - Stadtgemeinde - Feldgasse**

StR. Kast erläutert den vorliegenden Tauschvertrag mit der Familie Süß (siehe Beilage). Die Kosten der Vertragserstellung übernimmt die Stadtgemeinde Neusiedl am See.

StR. Kast stellt den Antrag den vorliegenden Tauschvertrag mit der Fam. Josef und Gertrude Süß zu beschließen.

Bgm. Lentsch erläutert, dass es sich hierbei um eine Begradigung eines Grundstückes in der Feldgasse handelt.

Der Gemeinderat beschließt den Antrag von StR. Kast einstimmig. Bei der Abstimmung waren alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend. Diese sind nachstehend namentlich angeführt: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Monika Rupp, die Stadträte Rittsteuer, Stefan Kast und Steindl sowie die Gemeinderäte Josef Haider, Kast, Feigl, Peck, Halbritter, Hitzinger, Horvath, Fekete, Mikula, Vogrin, Steiner, Dovits, Kalina, Panner, Dorfner, Fischbach, Gottfried Haider.

### **Punkt 15)**

#### **Resolution - umfassender Kinderschutz**

Österreichweit wird aufgrund der traurigen Anlässe über umfassenden Kinderschutz diskutiert. Nunmehr liegt eine Resolution vor, welche von der Gemeinde an den Landtag ergeht, um dieses Thema im Landtag zu behandeln und Maßnahmen zu beschließen.

Vbgm. Rupp erläutert, dass sich die Stadtgemeinde Neusiedl am See anschließen soll, die Resolution (siehe Beilage) zu beschließen. Umgesetzt werden soll ua. eine verpflichtende jährliche Vorsorgeuntersuchung, Verstärkung der Präventionsmaßnahmen, mehr Mittel für die Jugendämter, Qualifizierung aller Formen von Kinderpornographie als Verbrechen,...

Die vorliegende Resolution zum umfassenden Kinderschutz, welche eben dem Gemeinderat zur Kenntnis gebracht wurde, soll dem Bgld. Landtag zur Umsetzung vorgelegt werden. Vbgm. Rupp stellt den Antrag dies zu beschließen.

GR Fischbach erkundigt sich betreffend Vorsorgeuntersuchung. Auch StR. Steindl ist der Meinung, dass dieser Punkt detailliert ausgeführt werden sollte.

Bgm. Lentsch erklärt, dass dies eine Resolution ist und der Landtag nach genauen Ermittlungen und Expertenmeinungen Beschlüsse fassen wird.

Die vorliegende Resolution zum umfassenden Kinderschutz wird vom Gemeinderat einstimmig beschlossen.

Bei der Abstimmung waren alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend. Diese sind nachstehend namentlich angeführt: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Monika Rupp, die Stadträte Rittsteuer, Stefan Kast und Steindl sowie die Gemeinderäte Josef Haider, Kast, Feigl, Peck, Halbritter, Hitzinger, Horvath, Fekete, Mikula, Vogrin, Steiner, Dovits, Kalina, Panner, Dorfner, Fischbach, Gottfried Haider.

### **Punkt 16)**

#### **Erweiterung Abwasserbeseitigungsanlage, BA 23 - Trennkanalisation Prädium, Widerruf der Ausschreibung der Erd- und Baumeisterarbeiten**

GR DI Halbritter erklärt, dass es sich um die Ausschreibung der Baumeisterarbeiten betreffend Kanalbau Abschnitt BA 23 (Prädium) handelt.

Im Mai ist ein Schreiben im Gemeindeamt eingelangt, wo festgehalten wurde, dass die Planung geändert wurde - neue Parzellierung, neue Straßen, neue technische Infrastruktur.

Die Ausschreibung ist aufzuheben, da sich die Grundlage für diese großteils geändert hat.

Alle anfallenden Kosten werden vom Projektanten übernommen.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Aufhebung der Ausschreibung der Baumeisterarbeiten zur Erweiterung der ABA, BA 23.

Eine neuerliche Ausschreibung für den Bereich Schottenaugasse wurde veranlasst, da wir zugesagt haben im heurigen Jahr den Kanal zu errichten.

Bei der Abstimmung waren alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend. Diese sind nachstehend namentlich angeführt: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Monika Rupp, die Stadträte Rittsteuer, Stefan Kast und Steindl sowie die Gemeinderäte Josef Haider, Kast, Feigl, Peck, Halbritter, Hitzinger, Horvath, Fekete, Mikula, Vogrin, Steiner, Dovits, Kalina, Panner, Dorfner, Fischbach, Gottfried Haider.

#### **Punkt 17)**

##### **Bericht des Bürgermeisters**

**AUFSICHTSBESCHWERDE** Bgm. Lentsch berichtet über die Stellungnahme betreffend die Aufsichtsbeschwerde der SPÖ über das Bauvorhaben Bauhof. Der Bgm. bringt dem GR die Stellungnahme zur Kenntnis.

**ISAF WORLD SAILING GAMES** Dr. Hajek schreibt mit 20.06.2008, dass der Berufung der ISAF WORLD SAILING GAMES nicht stattgegeben wurde. Die Revision wird als unzulässig erklärt. Die Gegenseite wurde aufgefordert, die anfallenden Prozesskosten zu bezahlen.

#### **Punkt 18)**

##### **Allfälliges**

GR Mikula informiert, dass Kaplan Angelo eine Befreiung der Parkgebühren anstrebt, wenn er in Neusiedl am See (Hauptstraße, Hauptplatz) Krankensalbnungen durchführt. Bgm. Lentsch und StR. Rittsteuer erklären, dass es hierfür keine Ausnahmeregelung gibt.

GR Dovits teilt mit, dass am Schulweg zum Tabor ein Ast sehr gefährlich den Weg blockiert.

Bgm. Lentsch war heute Nachmittag dort, ihm ist aber nichts aufgefallen.

StR. Kast ladet den gesamten GR zum Benefizkonzert am 07.07. ein.

Er ersucht um zahlreiches Erscheinen.

GR Vogrin erkundigt sich, wie es mit den Straßenbauarbeiten in den Seegärten weiter geht. Seit 2 Wochen wird bereits nichts mehr gearbeitet. Die Staubbelastung ist sehr groß und auch der aufgebrauchte Split ist für die Autos schädlich.

Außerdem halten sich viele Autofahrer (ca. 500 täglich) nicht an die vorgeschriebene Geschwindigkeitsbeschränkung von 30 km/h.

GR DI Halbritter (Bauaufsicht bei diesem Projekt) erklärt, dass es momentan Unstimmigkeiten mit der Baufirma gibt.

In der nächsten Woche sollen die Zufahrtsbrücken gebaut werden. Die Asphaltierung wird erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

Die Verkehrstafel Geschwindigkeitsbeschränkung 30 km/h soll von den Gemeindearbeitern versetzt werden.

GR DI Dorfner erkundigt sich über die Bauverhandlung betreffend Mobilfunkmasten und fragt nach, ob es stimmt, dass nicht alle Anrainer eingeladen wurden.

Bgm. Lentsch erwidert, dass er dazu nichts sagen kann, da er die Anrainer nicht einlädt. Wenn dies so ist, hat der Anrainer die Möglichkeit zu reklamieren.

Das Verfahren wäre somit mangelhaft.

Er fragt weiters an, ob die Gemeinde einen Gestaltungsbeirat hat, weil Bauamtsleiter Ing. Rapp dies verneinte.

Bgm. Lentsch erklärt, dass es einen Stadtplanungsbeirat gibt. Mitglieder sind die Herren DI Schönbeck, DI Hans-Peter Halbritter und DI Ivanschitz.

GR Mikula erkundigt sich betreffend Festprogramm Deggendorf an diesem Wochenende. StR. Kast gibt an, dass alle GR mit Partnern am Samstag eingeladen sind und alle GR ohne Partner am Sonntag zum Brunch in der Mole West.

Nach Erledigung der Tagesordnung wird die Sitzung um 20.30 Uhr geschlossen.

Bürgermeister

Gemeinderäte

Schriftführer